

FÜR EINE GEMEINWOHL-ORIENTIERTE POST-CORONA-ÖKONOMIE

Gemeinsamer Vorschlag der Vertreter*innen der internationalen Bewegung der Gemeinwohl-Ökonomie von 17 Ländern

Die international Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung (GWÖ), die mit diesem Text erstmals gemeinsam an die Öffentlichkeit geht, schlägt seit 2010 ein konsistentes und vollständiges alternatives Wirtschaftsmodell vor. Die GWÖ basiert auf Grundwerten – wie Nachhaltigkeit, Kooperation oder Gerechtigkeit – anstatt finanziellen Zielen Vorrang einzuräumen und auf Wettbewerb zu setzen. Das aktuelle Wirtschaftsmodell trägt viel zu wachsenden Gefahren für die Menschheit bei: Klimawandel, Verlust an Artenvielfalt, aber auch die aktuelle Pandemie. COVID-19 ist nur das jüngste einer Serie neuartiger Viren, welche die Gesundheit und das Leben der Menschen bedrohen. HIV, Ebola, Sars1, Mers und nun Sars2 sind alles Beispiele für Zoonosen, was bedeutet, dass Viren von Tieren auf Menschen überspringen. Es gibt wissenschaftliche Evidenz dafür, dass die steigende Zahl von Zoonosen eine Folge der Ausbeutung natürlicher Ressourcen und des wachsenden Drucks des Menschen auf die Lebensräume von Wildtieren sind: durch Entwaldung, Jagd, industrielle Landwirtschaft und Luftverschmutzung.¹

Die aktuelle Pandemie kam – wie auch andere ökologische Gefahren – nicht ohne vorherige Warnungen von Wissenschaftler*innen: Grenzen des Wachstums (1972), Brundtland Report (1987), Earth Charter (2000), Millennium Ecosystem Assessment Synthesis Report (2005), oder das Konzept der "planetaren Grenzen" (2009) sind prominente Beispiele. Das führt zu der Frage: Wie ist es möglich, dass diese Warnungen von Entscheidungsträger*innen auf allen Ebenen nicht ausreichend ernst genommen wurden?

Der Einfluss der Konzernlobbies

In den letzten Jahrzehnten haben machtvolle Wirtschaftslobbies viel Geld in die Hand genommen, um den Rio-Johannesburg-Prozess zu kapern, den Klimawandel in Frage zu stellen oder zu leugnen, wichtige Regulierungen für multinationale Unternehmen zu verhindern und, jüngst, einen Multilateralen Investitions-Gerichtshof (MIC) auf die Agenda der EU zu setzen, während die Menschen und die Natur keine vergleichbaren Klagerechte besitzen.² Diese Interventionen wirken sich negativ auf die Natur und die Grundrechte der großen Mehrheit der Menschen aus, und sie beschädigen die Demokratie. In der Folge werden auch die systemischen Ursachen der ökologischen und Gesundheitsprobleme in der öffentlichen Diskussion unterbelichtet. Die Medienaufmerksamkeit gehört vorrangig Impfungen und Produkten pharmazeutischer Unternehmen. Die fortschreitende Privatisierung der Weltgesundheitsorganisation WHO – die Bill and Melinda Gates Foundation ist bereits ihr zweitgrößter Geldgeber³ – unterminiert demokratische Politik und Prioritätensetzung. Ein ganzheitliches Gesundheitsverständnis würde Strategien zur Vermeidung von Zoonosen beinhalten – durch die nachhaltige Transformation von Wirtschaftsweisen und Lebensstilen,

¹ Sonia Shah: "Think Exotic Animals Are to Blame for the Coronavirus? Think Again" in [The Nation](#), February 18, 2020.

² <http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=1608>

³ World Health Organisation: "Voluntary contributions by fund and by contributor, 2018", 72nd World Health Assembly, Provisional agenda item 15.2, A72/INF./5, 9. Mai 2019.

und zur Förderung der menschlichen Gesundheit und Resilienz durch gesunde Ernährung, sichere Arbeitsplätze, Stärkung des sozialen Zusammenhalts und die Verringerung der Armut.

Auch andere Kurven abflachen

Von der aktuellen Krise können wir lernen: Die Menschheit sollte eine empathische Haltung gegenüber der Erde einnehmen und sich selbst als Teil des Lebensnetzes betrachten: weder außerhalb davon, noch höherstehend als der Rest. Wir sollten das Bewusstsein für unsere eigene Verwundbarkeit schärfen und für unsere Abhängigkeit von einer intakten Biosphäre, und eine friedliche Ko-Existenz mit allen Lebensformen entwickeln. Endloses Wirtschaftswachstum hat sich als große Gefahr dafür herausgestellt: Die Wissenschaft hat neun kritische planetare Grenzen definiert, von denen einige bereits überschritten wurden.⁴ Mit der gleichen Konsequenz und Bestimmtheit, mit der die Regierungen die Ausbreitungskurve von Covid-19 abflachten, müssen wir nun die Steigerungskurven für Flächen-, Energie- und Materialverbrauch, Ungleichheit und die Macht transnationaler Konzerne abflachen.

Für eine Gemeinwohl-Ökonomie

Seit 2010 hat sich die Gemeinwohl-Ökonomie-Bewegung in 30 Länder auf alle Kontinente ausgebreitet, 200 aktive Gruppen sind entstanden. 3000 Organisationen unterstützen die Bewegung, 700 Unternehmen, Schulen, Universitäten, Gemeinden und Stadtbezirke haben eine Gemeinwohl-Bilanz erstellt. Acht regionale Regierungen in Spanien, Österreich und Deutschland haben die GWÖ in ihre Regierungsprogramme aufgenommen. 2015 veröffentlichte der EU-Wirtschafts- und Sozialausschuss eine Initiativstellungnahme zur GWÖ⁵, in einer zweiten, von der Kommission beauftragten Stellungnahme bezeichnete er die GWÖ als "neues nachhaltiges Wirtschaftsmodell".⁶

Die GWÖ ist eine ethische Marktwirtschaft, in der Unternehmen und Eigentum dem Gemeinwohl dienen - um die globalen Ökosysteme und demokratische Grundwerte zu schützen: von der Menschenwürde über Gerechtigkeit und Solidarität bis Nachhaltigkeit und Mitentscheidung.⁷ Das Gemeinwohl-Produkt, das die relevantesten Aspekte von Lebensqualität misst, könnte das BIP als Erfolgsmaß für Volkswirtschaften ablösen. Eine Ökonomie, welche Grundbedürfnisse und Grundwerte zum Ziel hat, und Geld und Kapital nur als Mittel zur Erreichung dieser Ziele betrachtet, ist das, was im antiken Griechenland unter 'oikonomia' verstanden wurde. Finanziellen Zielen Vorrang zu geben, bedeutete ihr Gegenteil: 'chrematistiké' oder Kapitalismus, wie wir es heute nennen.⁸ Eine am Gemeinwohl orientierte Wirtschaftsweise ist der einzige Weg, unseren Kindern und Enkeln einen intakten und lebenswerten Planeten zu hinterlassen. Die aktuelle Covid-19-Krise eröffnet uns die Chance, diesen Übergang zu meistern.

Ein neues Paradigma für den Welthandel

Handel sollte - als Mittel - dem Schutz des Weltklimas, der biologischen und kulturellen Vielfalt, der Menschenrechte und der Menschenwürde einschließlich der Befriedigung von Grundbedürfnissen dienen. Er sollte mithelfen, den "safe space" zu schaffen, den Kate Raworth

⁴ <https://www.stockholmresilience.org/research/planetary-boundaries/planetary-boundaries/about-the-research/the-nine-planetary-boundaries.html>

⁵ <https://www.eesc.europa.eu/our-work/opinions-information-reports/opinions/economy-common-good>

⁶ <https://www.eesc.europa.eu/en/our-work/opinions-information-reports/opinions/new-sustainable-economic-models-exploratory-opinion-requested-commission>

⁷ www.ecogood.org

⁸ Dierksmeier, Claus / Pirson, Michael (2009): "'Oikonomia Versus Chrematistike', Learning from Aristotle About the Future Orientation of Business Management", Journal of Business Ethics 88:417-30.

in ihrem Modell der 'Donut-Ökonomie' beschreibt.⁹ "Ethischer Welthandel" und "Ökonomische Subsidiarität" - Vorrang für Nähe und lokale Wirtschaftskreisläufe, mit internationalem Handel als Ergänzung - sollten das vorherrschende Freihandelsparadigma ablösen.¹⁰ Mercosur, CETA und andere Abkommen sind Beispiele für das obsolete Zwangshandelsparadigma, das negativen Folgen für Menschen und Umwelt zeitigt. Ein konkretes Beispiel für eine "Ethische Welthandelsordnung" ist eine Kohlenstoffsteuer von zum Beispiel 100 USD pro Tonne CO₂, wie im Stiglitz-Stern-Bericht 2017 empfohlen.¹¹ Länder, die dieses Ziel umsetzen, erhalten das Recht, die Differenz zu Ländern mit niedrigeren Steuern in Form von ökologischen Zöllen auszugleichen.

Ein gerechteres Steuersystem

Eine dringende und gerechte Lösung für das Problem der astronomischen Ungleichheit besteht in der höheren Besteuerung von Kapitaleinkommen, Vermögen und Erbschaften - bei gleichzeitiger Demokratisierung der Staaten, um sie in den Dienst der Bürger*innen zu stellen und Korruption zu minimieren. In der Eurozone übersteigen private Vermögen die Staatsschulden um das Fünffache. Höhere Vermögensteuern würden Investitionen in Gesundheit, Bildung, Armutsbekämpfung und die nachhaltige Transformation der Wirtschaft ermöglichen. Eine Finanztransaktionssteuer sollte eingeführt werden, idealer Weise auf globaler Ebene. Es ist ein besorgniserregendes Zeichen der Post-Demokratie, dass dieses in der Bevölkerung breit akzeptierte Mittel zur Regulierung der globalen Finanzmärkte von der politischen Agenda der EU gestoßen wurde, obwohl die daraus resultierenden Einkommen nach einer Studie des Wiener WIFO bis zu 310 Milliarden Euro ausmachen würden.¹² Der zwischenstaatliche Kapitalverkehr sollte prinzipiell an Finanztransparenz und Steuerkooperation geknüpft werden, um Steuerflucht zu beenden und Steueroasen zu schließen.

Fiskal- und Geldpolitik kombinieren

Da der Covid-19-bedingte Wirtschaftseinbruch sehr tief sein wird, bedarf es der geeinten Kräfte der Fiskal- und Geldpolitik. Quantitative Easing ist hier ein Mittel mit begrenzter Wirkung - wenn es dazu verwendet wird, um Konzernanleihen zu kaufen, kann es sogar kontraproduktiv sein. Eine Kombination aus Eurobonds ("Coronabonds") und zinsfreien Krediten von Zentralbanken an Staaten (Modern Monetary Theory) bis zu einer vernünftigen Grenze hätten eine stärkere Wirkung. Art. 123 (1) VAEU untersagt derzeit direkte Kredite von der EZB an die Mitgliedsstaaten der Eurozone - er sollte geändert und an den Vorschlag angepasst werden.

Neue Prioritäten im Krisenmanagement

Im aktuellen Krisenmanagement sollten vergangene Fehler vermieden werden: In der Finanzkrise 2008 wurden so genannte "systemrelevante" Unternehmen, viele davon eng verbunden mit den erwähnten Lobbies, mit Steuergeldern gerettet. Es ist Zeit, die Hilfsmaßnahmen stattdessen darauf zu richten, was wir alle brauchen:

- Öffentliche Investitionen in Gesundheit, Bildung, nachhaltige Mobilität, leistbares Wohnen, und die Erzeugung gesunder Lebensmittel, womit sinnvolle und klimafreundliche Arbeitsplätze geschaffen werden können, welche die Wirtschaft auf Nachhaltigkeitskurs bringen.

⁹ <https://www.kateraworth.com/doughnut/>

¹⁰ Christian Felber (2019): "Trading for Good. How Global Trade Can be Made to Serve People Not Money", ZED Books, London.

¹¹ Report of the High-Level Commission on Carbon Prices, Carbon Prices Leadership Coalition, 29. Mai 2017, p. 3.

¹² Stephan Schulmeister: "Implementation of a General Financial Transactions Tax", Wifo-Studie, Juni 2011, p. 33.

- Die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGI), das ausreicht, die menschlichen Grundbedürfnisse zu decken.
- Mindestlohn (deutlich höher als das BGI) und Maximaleinkommen, um die Ungleichheit auf ein moderates Maß zu reduzieren und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.
- Finanzielle oder steuerliche Hilfen vorrangig an KMU, die zum Gemeinwohl beitragen, z. B. durch Klimaschutz, soziale Inklusion, Verringerung der Ungleichheit oder den Schutz der Artenvielfalt. Ein Kriterium könnte ein extern auditiertes NFI-Bericht sein, z. B. eine Gemeinwohl-Bilanz, eine B Corps-Zertifizierung oder ein ähnliches Instrument. Mittelfristig sollen alle Organisationen verpflichtet werden, diese Verantwortungen zu übernehmen.

Wir sind uns der Dimension der vorgeschlagenen Änderungen und der enormen Herausforderungen, die sie beinhalten, bewusst - zumal das gegenwärtige Wirtschaftsmodell fest etabliert ist und viele Menschen davon abhängen. Trotzdem engagieren sich immer mehr Unternehmen, Gemeinden, Regionen und Regierungen für die Umsetzung dieser neuen Ideen und Praktiken. Firmen, die begonnen haben, soziale, ökologische und demokratische Verantwortung zu übernehmen, erhalten Nachhaltigkeitspreise und Unterstützung von allen Seiten. Städte wie Barcelona, Amsterdam, Stuttgart oder Wien unterstützen vermehrt diese notwendigen Veränderungen. Die wachsende GWÖ-Bewegung ist bereit, mit noch mehr Menschen, Organisationen und Regierungen zusammenzuarbeiten, um die beschriebenen Ziele zu erreichen.



Planet Erde, 15. Juni 2020
 press@ecogood.org
 www.ecogood.org

Autor*innen und Zeichnende

Urbain N'Dakon, Vorsitzender, Maat-ECG Africa und afrikanische Diaspora
Luciana Cornaglia, Vorsitzende, GWÖ Argentinien
Karla Schimmel, Mitglied, GWÖ Belgium
Silvia Álvarez, Vorstand, GWÖ Chile
Gerd Hofielen, Sprecher, GWÖ Deutschland
Sandra White, Direktorin, GWÖ Großbritannien
Lidia di Vece, Vorsitzende, GWÖ Italien
Henry Garay-Sarasti, Co-Koordinator, GWÖ Kolumbien
Marianne Kert, Vorstand, GWÖ Luxemburg
Luisa Montes, Vorstand, GWÖ Mexiko
Estefanía Matesanz, Vorsitzende, GWÖ Niederlande
Christian Felber, GWÖ-Initiator, Österreich
Lisa Muhr, Vorsitzende, GWÖ Österreich
Debla Orihuela, Vorsitzende, GWÖ Spanien
Paco Álvarez, Botschafter, GWÖ Spanien
Thomas Söderberg, Vorsitzender, GWÖ Schweden
Gaby Belz und Ralf Nacke, Vorstände, GWÖ Schweiz